

---

## **Dringlicher Antrag**

der AfD-Fraktion

### **Geldzahlungen stoppen – Bezahlkarte für Asylbewerber sofort einführen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Bundesregierung hat mit ihrem Kabinettsbeschluss vom 1. März 2024 eine rechtssichere Gesetzesgrundlage für die Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber geschaffen. Die konkrete Ausgestaltung der Bezahlkarte obliegt den Ländern. Das Abgeordnetenhaus fordert den Berliner Senat daher auf, unverzüglich Leistungen an Asylbewerber ausschließlich über Bezahlkarten bereitzustellen. Zusätzliche Bargeldzahlungen sind auszuschließen.

---

### ***Begründung***

Berlin hat im vergangenen Jahr insgesamt 32.752 Migranten aufgenommen. Darunter waren 16.762 Asylsuchende aus den Hauptherkunftsländern Syrien, Türkei und Afghanistan sowie 15.144 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Im Jahr 2022 waren es insgesamt 82.707 Migranten, davon 14.707 Asylsuchende aus den Hauptherkunftsländern Syrien, Türkei und Afghanistan sowie 68.000 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. In den vergangenen zwei Jahren hat Berlin also 115.459 Migranten aufgenommen.<sup>1</sup> Das entspricht der Einwohnerzahl von ganzen Berliner Stadtteilen wie Marzahn, Schöneberg oder Mitte.

Die Unterbringung und Versorgung dieser großen Anzahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern stellt das Land Berlin und dessen Bezirke vor unlösbare Aufgaben. Allein für Leistungen nach

---

<sup>1</sup> [Asyl und Flucht in Berlin: Die neuesten Zahlen und Fakten \(morgenpost.de\)](https://www.morgenpost.de/berlin/news/article115459.html), aufgerufen am 04.04.2024.

dem Asylbewerberleistungsgesetz muss Berlin jedes Jahr über eine halbe Milliarde Euro aufbringen.<sup>2</sup> Ein nicht unerheblicher Teil der ausgezahlten Beträge wird von den Leistungsbeziehern in ihre Heimatländer überwiesen. Die Deutsche Bundesbank schätzt, dass im Jahr 2023 bundesweit etwa 6,8 Milliarden Euro als Rücküberweisungen ins Ausland transferiert wurden. Etwa 12 Prozent davon gehen in die Asylherkunftsländer.<sup>3</sup>

Nach Auffassung der Antragsteller stellen Rücküberweisung von Sozialleistungen einen starken Anreiz für eine Migration nach Deutschland dar und dienen mittelbar der Finanzierung der Schleuserkriminalität. Erste Landkreise in Thüringen oder Bayern, die seit einigen Monaten auf Bargeldauszahlungen verzichten und eine Bezahlkarte eingeführt haben, können bereits einen Rückgang der Asylbewerberzahlen verzeichnen.<sup>4</sup> Angesichts der aktuellen Überlastung des Landes Berlin und seiner Bezirke durch die sich weiter verschärfende Migrationskrise ist die Einführung einer Bezahlkarte und eine konsequente Durchsetzung des Sachleistungsprinzips auch in Berlin dringend geboten. Im Ergebnis lässt sich mit dieser Maßnahme der Migrationsdruck begrenzen, die Schleuserkriminalität eindämmen und der Berliner Haushalt entlasten.

Obwohl sich der Berliner Senat prinzipiell zur Sinnhaftigkeit einer Bezahlkarte für Asylbewerber bekannt und die Einführung für das Jahr 2025 angekündigt hat, haben sich die Mitglieder des Berliner Senats laut Medienberichten bisher nicht auf die genauen Regelungen für die Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber in Berlin einigen können.<sup>5</sup> Insbesondere Integrations senatorin Cansel Kiziltepe (SPD) hat sich wiederholt gegen eine Begrenzung der Bargeldabhebungen ausgesprochen und behauptet, die Asylbewerber würden durch den Gebrauch einer Bezahlkarte stigmatisiert. Die Antragsteller teilen diese Auffassung nicht und fordern den Berliner Senat auf, die Auszahlung von Bargeld gänzlich auszuschließen.

Die Einführung der Bezahlkarte kann aber nur der erste Schritt in die richtige Richtung sein. Das Ziel aller Reformen der Asylbewerberleistungen muss die Reduzierung der Armutsmigration nach Deutschland sein – und zwar auf null. Dafür sind sämtliche Fehlanreize sukzessive abzustellen. Solange etwa am Ende eines Asylverfahrens weiterhin das Bürgergeld winkt, werden nach wie vor jährlich hunderttausende Armutsmigranten nach Deutschland kommen. Diese Sogwirkung muss grundsätzlich abgestellt werden.

Berlin, den 10.04.2024

Dr. Brinker Gläser Dr. Bronson Lindemann  
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion

---

<sup>2</sup> Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2024/2025, Band 11, Einzelplan 11, Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung, S. 7.

<sup>3</sup> [Rücküberweisung von Bürgergeld – So viel Geld fließt in Herkunftsländer \(merkur.de\)](https://www.merkur.de), aufgerufen am 08.04.2024.

<sup>4</sup> <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/bezahlkarte-fluechtlinge-erfahrungen-thueringen-100.html>, aufgerufen am 08.04.2024.

<sup>5</sup> <https://www.welt.de/politik/deutschland/article250641675/Bezahlkarte-fuer-Asylbewerber-Kai-Wegner-fuer-einheitlichen-Bargeld-Begrenzungen.html>, aufgerufen am 08.04.2024.